

KUNSTCHRONIK

MONATSSCHRIFT FÜR KUNSTWISSENSCHAFT
MUSEUMSWESEN UND DENKMALPFLEGE

MITTEILUNGSBLATT DES VERBANDES DEUTSCHER KUNSTHISTORIKER E. V.
HERAUSGEGEBEN VOM ZENTRALINSTITUT FÜR KUNSTGESCHICHTE IN MÜNCHEN
VERLAG HANS CARL, NÜRNBERG

29. Jahrgang

März 1976

Heft 3

DAS EUROPÄISCHE DENKMALSCHUTZJAHR 1975

Auf Anregung des Europarates trafen sich 1969 in Brüssel die für Denkmalschutz und Denkmalpflege wie Stadtplanungen, Raumordnungen und den Wiederaufbau verantwortlichen Minister der dem Rat angehörenden Länder. Man beschloß ein Jahr des Denkmalschutzes zu kreieren, das schließlich für 1975 festgelegt wurde.

Erst nach dem Zweiten Weltkrieg fand sich zum ersten Mal eine internationale Gruppe in Sorge um das Geschick der Monumente zusammen. Die UNESCO hatte 1957 nach Paris zu einem internationalen Kongreß der Architekten und Techniker für Denkmäler eingeladen. Die Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland daran machte zunächst einige Schwierigkeiten (vergleiche Kunstchronik 10. Jg., 1957, S. 312—315). Doch gewann die Bundesrepublik schließlich über ihre starken finanziellen Hilfen entscheidendere Mitverantwortung, wenn auch ihr direkter Einfluß nicht immer damit Schritt hielt. Als ICOMOS — International Council of Monuments and Sites — in Venedig 1964 beschlossen und in Warschau—Krakau aus der Taufe gehoben — sich entwickelte, war und blieb die deutsche Beteiligung stark, was auch die IV. Generalkonferenz der Organisation 1975 in Rothenburg ob der Tauber verdeutlichte. Das Thema der „kleinen historischen Städte heute“ bewies dabei seine Zugkraft.

Am Sitz des Europarats in Straßburg traten bei den Diskussionen um die begriffliche Fassung für das Denkmalschutzjahr 1975 charakteristische Meinungsunterschiede hervor. Nach den offiziellen Beschlüssen der beratenden Versammlung bildete man ein Gesamtkomitee, das sich in ein solches für die Organisation und eines für die Lenkung, d. h. Planung der Aufgaben, unterteilte. Den Vorsitz führte Sir, dann Lord, Duncan Sandys, Präsident von Europa Nostra, auch als Schwiegersohn Winston Churchills von einer gewissen populären Wirkung. Britische Direktheit tat dem Ganzen gut. Duncan Sandy empfahl als Slogan „Eine Zukunft für unsere

Vergangenheit“ und „Jahr des architektonischen europäischen Erbes“, im Französischen als *patrimoine architectural* umrissen.

Vor allem die skandinavischen Länder wehrten sich gegen den Begriff des Erbes, aber auch das deutsche Echo war mehr für eine Weglassung dieser Deutung. Man wählte als Signet die Konturen einer gotisch spitzen Turmhaube, eines Kuppelbaus, eines zinnengekrönten Wehrturms und dreier gleicher Giebelhäuser. So schuf man sich also sozusagen ein Wappensymbol des Kreuzzuges für die Monumente.

Nach der Art derartiger Unternehmen gingen dessen Schwerpunkt einige vorbereitende Kolloquien voraus. Über Inventarisierung und Listenerfassung, die Wiederverwendung von Schlössern, Stadtzentren, Ergänzung denkmalwerter Quartiere durch Neubauten und Verwandtes debattierte man in Barcelona, Wien, Careres, Bath, Avignon und Split. Wenn man dafür jeweils zwar Einzelthemen wählte, so überschritten diese sich doch häufig, wie gerade die Denkmalpflege meist eine durchaus komplexe Tätigkeit darstellt. Es war lehrreich zu sehen, was übrigblieb. Die Idee einer katalogmäßigen Erfassung aller europäischen Denkmäler an einer Stelle z. B. ging unter, wie ebenso die eines europäischen Denkmalschutzgesetzes — von einem Luxemburger in Straßburg propagiert.

Von Anfang an sollte der Schwerpunkt überhaupt nicht auf wissenschaftlichen Facherörterungen liegen, sondern auf weitgespannten Überlegungen im Sinne von Gesamtplanungen und Zusammenhängen entsprechend einem modernen Denkmalbegriff mit Rehabilitation, Revitalisierung und Integrierung. Wenn sich diese Überschriften auch allgemein zu breitgetretenen Schlagworten entwickelten, von beliebig zitierten Statistiken unterbaut, so macht ihr Gehalt doch eben den Kern dessen aus, was die gesamte Aktion will. Dies sicherte ihr denn auch mit Recht die notwendige Breitenwirkung.

Die beiden eben genannten Komitees übernahm und leitete schließlich weitgehend Prof. Dr. Alfred A. Schmid, Präsident der Eidgenössischen Kommission für Denkmalpflege. Die Vielfalt der Problemstellung meistert er treffend. Spezifische Symposien in Zürich, Edinburgh, Bologna und Krems führten auf das eigentliche Denkmalschutzjahr hin. Sie standen unter den Zeichen grundsätzlicher Organisations- und Rechtsfragen, von Zusammenschlüssen in Gemeinschaften auch nach dem variierten Vorbild des englischen National Trust — mittlerweile des größten englischen Grundbesitzers —, ferner der Beteiligung der Kommunen wie aller öffentlichen und privaten Instanzen, die in Frage kommen, also aller Möglichkeiten des Zusammengehens von Staat, Kreis, Stadt und Privatmann. Die Wandlungen des Urbanismus in wenigen Jahrzehnten, seine Gegensätzlichkeit z. B. zu den Maximen der Chartæ von Athen, welche noch die Stadtkerne von Wohnungen entleeren wollte, entdeckten sich mehr und mehr, ohne daß man sagen könnte, sie hätten nun einen glücklichen Höhepunkt erreicht.

Der Europarat beschränkte sich tagungsgemäß außer Split naturgemäß auf die westlichen Länder, obwohl er auch nach Osten die Fühler ausstreckte. Daß Griechenland wie die Türkei mittaten, beleuchtet die politisch gelockerte Szenerie. Spanien zählte, wenn auch am Rande, dazu, wobei man zu berücksichtigen hat, daß dort gleichzeitig starke Beziehungen zur Kultur der islamisch-mittelmeerischen Welt denkmalpflegerische Akzente setzen. (Dies führte z. B. außerhalb der Sphäre des Europarates zu Überlegungen wie solchen, die christlichen Einbauten aus der Moschee von Cordoba zu entfernen — was glücklicherweise unterblieb.) Östlicheren Städten ging ein Arbeitskreis der deutschen UNESCO-Kommission zu historischen Stadtkernen in Untersuchungen nach, die publiziert vorliegen, ebenso zu solchen aus westlichen Ländern.

Aus solchen Überlegungen soll womöglich ein eigenes Forschungsinstitut in Berlin hervorgehen.

ICOMOS unternahm übrigens in noch weiter gespannten Regionen mit ähnlichen Tagungsthemen Ermittlungen. Eine seiner Generalkonferenzen (in Oxford) beleuchtete Zusammenhänge von Denkmälern, Städten, Verkehr und Tourismus. Eine andere (in Budapest) befaßte sich mit den Möglichkeiten moderner Architektur in alten Orten. In Tunesien wie im Iran, in Mexiko und den Vereinigten Staaten von Nordamerika ergab man sich bei entsprechenden Zusammenkünften dieser Problematik, wie man ebenso in und um Saloniki dem Verschwinden der alten bäuerlichen Architektur durch die Expansionen der zeitgenössischen Entwicklung nachging, was z. B. für riesige Bereiche der hölzernen Architekturen den unaufhaltsamen Untergang konstatieren ließ. Andererseits versuchen historische Städte, sich in Bündeln gegenseitig zu stärken, von Leningrad bis Brügge, wo ebenfalls, wie in Graz, Deklarationen verfaßt wurden, die dem Unheil Einhalt gebieten möchten. Und die Tragödie Venedigs steht allen vor Augen. Wenn auch die Vorzeichen variieren, der Grundtenor bleibt der gleiche.

Um all dies zu konkretisieren, stellte sich also der Europarat Aufgaben. Seine in ihm vertretenen Länder hatten Modellstädte, positive Lösungen also, zu benennen, welche, ohne die Schattenseiten und Schwierigkeiten zu vertuschen, doch vorbildliche Verwirklichungen der angestrebten Ziele oder zumindest Wege dorthin aufzeigen sollten. Es galt demnach nicht, wie man teilweise in Deutschland meinte, bloße Problematik aufzutischen. Den großen Ländern wurden im Höchstfall vier derartige Modellstädte zugestanden. Die Bundesrepublik Deutschland beteiligte sich jedoch mit fünf Städten. Von der Vereinigung der Landesdenkmalpfleger vorgeschlagen und nach längeren Erörterungen mit anderen maßgebenden Gremien von diesen approbiert, waren es: Alsfeld, Berlin, Rothenburg ob der Tauber, Trier und Xanten. Diese verkörpern gewisse Manifestationen, für welche der Europarat einen Fragenkatalog vorlegte. Innerdeutsch taten sich dazu als Beispielstädte Bamberg, Lübeck und Regensburg, wovon man freilich

nach dem Stand der Dinge am ehesten Bamberg als positive Realisierung hervorheben kann.

Die offizielle Zusammenfassung der bundesdeutschen Maßnahmen übernahm ein Deutsches Nationalkomitee unter dem Vorsitz des bayerischen Kultusministers Hans Maier; ein Komitee, das vorläufig noch weiter handelt. Zweiter Vorsitzender ist Bundesinnenminister Werner Maihofer. Die Bundestagsabgeordneten Hermann Schmitt-Vockenhausen und Albert Probst verkörpern in diesem höchst rührigen Verband das Parlament. Im Bundesinnenministerium bewältigt eine eigens eingerichtete Geschäftsstelle die anfallenden Arbeiten. Ein Exekutivkomitee befaßt sich, wie üblich, mit den sich stetig häufenden und im Grunde nicht abklingenden theoretischen wie praktischen Anforderungen. Arbeitsgruppen für Öffentlichkeitsarbeit, europäische und nationale Modellbeispiele, Konzeption, wie auch für Recht und Steuerfragen bewältigen spezifische Anliegen der zeitgemäßen Denkmalpflege, die mehr und mehr zum Denkmalschutz werden mußte. Nicht alle obersten Denkmalschutzbehörden wollen dies einsehen. In der Tat macht diese Tatsache eine Erkenntnis aus, die ein wesentliches Ergebnis des Denkmalschutzjahres ist. Gerade jetzt aber scheuen manche Landesregierungen vor einer derartigen Konsequenz zurück.

Daß hier allein Aufklärung wie Werbung, ideelle wie praktische Hilfe die Retter schlechthin ausmachen, bedarf eigentlich keiner Hervorhebung. Dennoch scheint diese vonnöten zu sein. Die Basis des ästhetischen Interesses am Denkmal als Kunstwerk erscheint außerdem vielen veraltet, überlebt. Eine Dynamisierung des Denkmalbegriffs allein kann das Monument retten. Von dessen Zwingkraft aber kann man nicht abgehen. Die Kategorienserie der Werte geriet freilich auch hier ins Wanken. „Haus für Haus stirbt dein Zuhause“ lautet der beste deutsche Mahnruf des verflossenen Jahres. Das Denkmal als das Zuhause — wann hat man diese Gleichung vorher gehört? Der Konservator allerdings hat hellhörig genug zu sein, um zu sortieren, was sich daraus machen läßt und wer darin im Trüben weltveränderlicher Ambitionen fischen will. Es ist hier nicht der Ort, eine Analyse dessen zu versuchen, was von seiten der Architekten und Planer an Denkmalfreundlichkeit echt ist und was auf das Konto der Rezession kommt. Was fehlt, ist ein Kolloquium zur Hypertrophie des Straßenbaus, der unverdrossen seine Moden unerbittlich durchsetzt. In Schwetzingen fand ein Symposium über historische Gärten statt. In Berlin soll im April 1976 eine Konferenz sich mit dem Geschick europäischer Großstädte des 19. Jahrhunderts und deren Situation heute befassen. Frankreich, klassisch konstant, bleibt bei Tagungen über die Entwicklung in Städten von künstlerischer Bedeutung, so von vornherein den Grundtenor fixierend. In Menton beriet man sich jüngst in diesen Fragen.

Jedenfalls hat sich noch nie zuvor das Interesse am Denkmal in seiner weitest gespannten Begrifflichkeit derart geäußert wie 1975. Der einzelne wie die

Gruppen, Verbände, wie die aus dem Boden schießenden Bürgerinitiativen, belegen dies ebenso wie die unabsehbare Fülle der Werbung, vom Bierdeckel über Quintettspiele, Sonderbriefmarken, Gedenkmünzen, Aufklebeparolen, Songs — seit den Auftrittsveranstaltungen des Deutschen Nationalkomitees in Bonn zu Beginn des Jahres. Daß der kommerzielle Betrieb sein Geschäft damit macht, steht ihm zu. Das beweist ja die Nachfrage; in ihr zeigt sich das, was man heute in seltsamer Überstrapazierung des normalen Rechenschaftsgedankens ein „echtes Anliegen“ nennt. Massenmedien öffnen unentwegt bereitwillig ihre Zugänge, Wettbewerbe blühen auf. Ausstellungen organisiert man ad hoc und mit Bedacht. Die deutschen Denkmalpfleger als Gesamtheit machten 1975 ihre vierte Ausstellung nach 1945, nun unter der eingangs erwähnten Beschwörung der Zukunft für unsere Vergangenheit. Das bayerische Landesamt für Denkmalpflege mühte sich darin mit Erfolg, wie das Echo beweist. Ein Nebeneinander, ja Gegeneinander des konservatorischen Soll und Haben, das Schwarz und Weiß der Situation war dabei darzustellen. Es kann nicht Aufgabe der Konservatoren sein, hierbei primär andere Anliegen hervorzuheben. Die Denkmalpfleger haben ihre Monumente zu verteidigen. Wohin kämen sie ohne diese Einigkeit? So reicht der Bogen bis zur Frage nach deren Zukunft und über Antworten hierzu, welche der Lebensraum der Altstädte, die Modell- und Beispielorte, die Praxis der Restaurierung, Sanierung, die Geschichte überhaupt erteilen. Man verenge nicht den Begriff einer klassischen Denkmalpflege auf ein bloßes Bemühen um das Einzelobjekt. Die Praxis belegt schon durch den Spiegel der Gesetze, Verordnungen und Erlasse, wie auf Vorstufen des 19. Jahrhunderts die Sorge um die Monumente seit 1902 — ein festes Jahresdatum in der Tat — um Gesamtheiten kreist. Freilich tat die Öffentlichkeit Jahrzehnte gerade dabei nicht mit. Jetzt aber hat man sie wachgerüttelt. Es lag nahe, eine Zwischenbilanz zu ziehen.

Vom 21. bis 25. Oktober 1975 fand in Amsterdam der Abschlußkongreß zum Europäischen Denkmalschutzjahr statt. Die Königin der Niederlande, der Herzog von Edinburgh, Prinz Albert von Belgien boten die offizielle Repräsentanz für mehr als tausend Teilnehmer, auch aus Polen, Rußland, Ungarn und den amerikanischen Staaten. Eine Charta nahm man an, welche die Grundsätze einer modernen Denkmalpflege umreißt, ebenso ein Handbuch für die Gemeinden, das den Sinn und Zweck des Unternehmens zu Papier bringt, eine Praxis des Vorgangs mit erhaltenswerter Bausubstanz also. Die Deklaration von Amsterdam soll eine Art Katechismus werden. Max Dvořák schrieb einmal den Katechismus der Denkmalpflege.

Weiter werden jetzt Empfehlungen erörtert, welche die Minister des Europarats zur Weitergabe an die Regierungen genehmigen sollen. Sie bauen auf einer integrierenden Konservierung auf und enthalten Zusammenstellungen, wie man dies organisatorisch zu tun hat. Erfassung der

Objekte in Listen, Karten, Finanzgrundlagen, soziale Maßnahmen, technische Ausbildung, Öffentlichkeitsarbeiten, das sind die hauptsächlichlichen Überschriften. Sie klingen selbstverständlich und sind es in der Verwirklichung doch ganz und gar nicht.

Es geht also auf dem europäischen Niveau um Empfehlungen. Keine Konvention. Vor wenigen Jahren noch tauchte in Straßburg das Ideal eines europäischen Denkmalschutzgesetzes auf. Schnell erkannte man dessen Unmöglichkeit. In Amsterdam verkündete jedoch der Generalsekretär des Europarates, Kahn-Ackermann, das Vorhaben, einen europäischen Ombudsmann für Denkmalschutz zu bestellen. Ein europäisches Interesse also, hoch über dem nationalen der Länder.

Das ideelle Fazit mag gezogen werden, doch die Bewährungsprobe all dieser Vorsätze steht noch aus. Denkmalpflege und Denkmalschutz seien eine politische Aufgabe, betont man mit Recht. Aber es verstecken sich hinter dieser Moral u. a. Kreise, die mit dem Vehikel des Denkmalschutzes eine weitgehende Kommunalisierung, Sozialisierung erreichen wollen. In aller Offenheit schüren sie systemverändernde Ziele. Sie klagen mit Recht über mangelnde Ergebnisse im eigenen Lande, verraten aber durch ihre Voreingenommenheit etwa für das Bologneser Modell und durch die mangelnde Kritikbereitschaft gegenüber der Realisierbarkeit solcher Vorschläge kommunistische Idealität. Sie beziehen auch die Niederlande in ihre Euphorie ein, ohne deren noch bürgerliches Selbstbewußtsein zu begreifen, und deren Freude am Zusammenschluß von Stiftungen, die bei uns abhanden kam. In derartigen Zusammenhängen zitiert man Georg Dehios Kaisers-Geburtstagsrede von 1905 (diese enthält bereits den heute als neu reklamierten Ensemblebegriff). Dehio spricht dabei von der sozialistischen Tendenz des Denkmalschutzes, welche diesen fast noch mehr als die konservative Haltung mit dem Liberalismus in Konflikt bringe.

Vor siebzig Jahren also schon beschwören Berufene herauf, was heute als modern verkündet wird. Robert Hiecke, generationsmäßig noch in den Beginn unseres Jahrhunderts hineinragend, betonte die moralische Hypothek, die jedes Denkmal mit sich bringe (vergl. Kunstchronik, 6. Jg., 1953, S. 194—197). In der Tat, es gilt, die Moral zu heben.

Der einzelne ist angesprochen. Er kann sich nicht hinter der Anonymität der Masse verstecken, und diese darf ihn nicht mißbrauchen. Der einzelne braucht Hilfe, dann gesundet die Gesamtheit. Hilfe tut finanziell not. Der, welcher ein Denkmal hat, soll nicht darunter leiden, während daneben das Neue schrankenlos Orgien feiert. Im Denkmalschutzjahr 1975 stellten die deutschen Länder noch nicht 200 Millionen DM an Leistungen für Denkmäler bereit. Nur drei von diesen geben mehr als 10 Millionen DM als freiwillige Finanzbeihilfen. Die übrigen bleiben sogar in der Regel unter zwei Millionen je Land. Aber die Bundesrepublik Deutschland besitzt

immer noch eine halbe Million Denkmäler. 500 Millionen DM kostete jüngst der Bau eines einzigen Straßentunnels, des Elbtunnels in Hamburg.

Steuerliche Hilfen gibt es. Aber vehemente Anstrengungen, im Zuge des Denkmalschutzjahres die Bundesregierung zu bewegen, für Baudenkmäler die gleichen steuerlichen Vergünstigungen zu gewähren wie für den Neubau von Wohngebäuden, besonders auf der Basis des § 7 b des Einkommensteuergesetzes, schlugen fehl. Vom sogenannten Städtebauförderungs-gesetz, viel gepriesen, kam bisher nichts nennenswert Gutes für die Monu-mente heraus. Nach außen verteidigen viele Leute lautstark den ursprüng-lichen Zweck- und Sinngehalt des Monumentes, nach innen aber wollen sie gerade das zerstören. Öffentliche Neubauten entstehen, obwohl eine Fülle bewährter Altbauten für die Verwendung bereitsteht. Diese verfallen. Historische Rathäuser veröden, weil man in Schulbauten zieht, die, eben fertig, einem noch neueren Schulsystem nicht mehr genügen. Das Volk feierte sich früher selber in den Kirchen. Aber diese entleerten viele ihrer Betreuer im Zuge liturgischer Überspitzungen, rissen sie teilweise sogar ab, und sehen sich nun allein in kahlen, meist viel zu weit gewordenen Neubauten. Hilflos zerpflückt wird die Garantie, welche Jahrhunderte hin-durch der großartige, einzige Schutz des kirchlichen Kunstwerks wie des Gebrauchsgegenstandes mit dem Begriff der *res sacrae bot.* Nach wie vor spielt der Geschichtsunterricht in den Schulen eine klägliche Rolle, umgeht man ihn an vielen Stellen durch Gegenwartskunde, Soziallehre, Gesell-schaftsphänomenologie, Staatsbürgerlehrgänge oder ähnliches. In fast allen deutschen Ländern untersteht die Denkmalpflege als Organisation den Kultusministerien, d. h. den eigentlichen Trägern des Denkmalschutzjahres. Aber in diesem gleichen Jahr entwerfen zwei Länder neue Denkmalschutz-gesetze, die denkmalfeindlich sind, und andere Länder mit vorhandenen Gesetzen sinnen darüber nach, wie sie diese entschärfen, annullieren könn-ten. Gleichzeitig erscheint ein Band europäischer Denkmalschutzgesetze in deutscher Übersetzung. An den Universitäten kämpfen Studenten der Kunstgeschichte erbittert für jedes Bauwerk, das nach 1870 entstand, ver-säumen darüber die Examenspflichten, vergessen die Normen der Wissen-schaft, der Kategorien, ohne welche es auch im Denkmalschutz nicht geht. Häuser des Biedermeier oder des Klassizismus werden abgerissen, während man sich emsig um verlassene Hotelpaläste der Gründerzeit bemüht, ihnen als Sozialwohnungen neuen Inhalt zu geben. Den Konservatoren wird das Differenzieren mehr und mehr erschwert. Und dabei haben sie doch den Wandel heraufbeschworen. Denn es gibt Gezeiten auch des Denkmal-schutzes: Von 1945 bis etwa 1960 eine denkmalfreundliche, dann eine rasant den absoluten Neubau durchsetzende Welle, schließlich jedoch die Reak-tion, von der wir nun hoffen, sie pendele sich zum Guten aus. Auch inso-fern soll man der Zufälligkeit des Denkmalschutzjahres 1975 den richtigen zeitlichen Standort zubilligen.

Man fragt sich, wie es weitergeht. Immerhin half ein Konjunkturprogramm den Gemeinden, einige der ihnen gehörenden Denkmäler mit Bundesmitteln instandzusetzen. Es ist allerdings nicht so neu, wie man meint, daß man Orte als Gesamtheiten begreift. 1908 nannte, wie bekannt, Georg Dehio Rothenburg als Ganzes ein Denkmal. Posthum erschien 1948 Paul Clemens Aufsatz, in dem er den Schutz der „ganzen Ortsbilder“ fordert, noch als Bilder umrissen, aber nicht nur im Sinne eines Kunstwerkes. Wenn man die Wandlung seit Dehio beachtet, so wäre an Clemens Deutung des Denkmals zu erinnern, daß es eine Fülle der assoziativen Vorstellungen weckt. Nichts liegt dem ferner als ein bloß interesseloses Wohlgefallen.

Ein Gesetzesentwurf des Bundesrates zur Erhaltung und Modernisierung kulturhistorisch und städtebaulich wertvoller Gebäude soll, wird er verwirklicht, den Privatleuten helfen.

In der Tat geht es um den einzelnen, Haus für Haus eben. Noch erhält man in einigen deutschen Ländern beim Erwerb eines denkmalwerten Hauses einen Erlaß der Grunderwerbsteuer, in anderen jedoch keineswegs. Der Eigentümer eines Neubaus frönt seiner beliebigen Verfahrenslust mit diesem, während man die Denkmalbesitzer mehr und mehr zu beschränken sucht, ohne ihnen finanziell genügend unter die Arme zu greifen.

Bald wird das Deutsche Nationalkomitee für das Europäische Denkmalschutzjahr seine Empfehlungen veröffentlichen. Sie können, um im internationalen Sprachgebrauch zu bleiben, keine Konvention ausmachen. Aber sie beanspruchen Gehör bei Parlamentariern, Behörden und allen maßgebenden Stellen, denn sie alle haben an diesen Empfehlungen mitgewirkt. Das Wasserrecht, das Telegrafengegesetz, der Straßenbau sind ebenso u. a. darin angesprochen wie jene unglückselige steuerliche Konstellation, die seit Jahrzehnten mit der Vertröstung auf eine große Steuerreform jede Besserung vor sich herschiebt.

Eines ist sicher: Denkmalschutz heißt, zu einer Gesinnung zu finden, die sich zu einer Haltung steigern muß.

Werner Bornheim gen. Schilling

UBER „HISTORISMUS“ — ZUR NEUEN BEWERTUNG DER ARCHITEKTUR DES 19. UND 20. JAHRHUNDERTS

Zu diesem Thema veranstaltete die Carl-Friedrich-von-Siemens-Stiftung am 27. und 28. November 1975 in München ein Symposium, das von J. A. Schmoll gen. Eisenwerth (München) organisiert und moderiert wurde. Am ersten Abend sprach der Philosoph Herbert Schnädelbach (Frankfurt) zum Thema: „Über historische Bildung und historistische Aufklärung“. Es folgte der Vortrag von Wolfgang Götz (Saarbrücken) über „Historismus-Phasen — Möglichkeiten und Motivationen“. Der zweite Abend begann mit einem Vor-